

Die Neuberechnung der Renten hat begonnen

Prof. Wolfgang Edelmann, Stellv. Vorsitzender von ISOR e.V.

In einem Brief an den Geschäftsführer der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA), Klaus Michaelis, hatte unser Vorsitzender Horst Parton den Unmut unserer Mitglieder über die Verschleppung des Beginns der Neuberechnung der Renten zum Ausdruck gebracht (**ISOR aktuell** 1/2000). Am 12. 01. 2000 traf ein langer Antwortbrief beim Vorstand ein. (Er liegt allen TIG-Vorständen vor.) Man habe bei der BfA gehofft, im November 1999 mit der Neuberechnung beginnen zu können und sei durch unerwartete technische Schwierigkeiten gehindert gewesen.

Wenn solche Schwierigkeiten erst ein halbes Jahr nach den Urteilen des Bundesverfassungsgerichts auftreten, sind sie nach unserer Auffassung auch Ausdruck von Nachlässigkeit in der nun einmal notwendigen Zusammenarbeit zwischen BfA und Versorgungsträger. Unser Protest möge dazu beitragen, das sich so etwas nicht wiederholt, wenn die Neuberechnung auch der Renten für die ehemaligen Angehörigen der NVA, des Mdl und der Zollverwaltung spätestens nach der Änderung des AAÜG möglich wird. Jedenfalls hat der Geschäftsführer der BfA mitgeteilt, der erste Teil der Daten des Bundesverwaltungsamtes sei am 07. 01. 2000 in die Datenverarbeitung übernommen und der

zweite Teil am 21. 01. 2000. Der zweite Teil betrifft die Entgeltbescheide, die durch versäumten Widerspruch oder versäumte Klage zum Widerspruchsbescheid bestandskräftig geworden sind.

Dann erläutert er den weiteren Bearbeitungsablauf wie folgt:

Der Sachbearbeitung werde vom Computer mitgeteilt, dass die Daten vorhanden sind. Daraufhin sei von dem zuständigen Bearbeiter zu prüfen und von seinem Vorgesetzten zu entscheiden, ob die Rente sogleich neu berechnet werden kann. Dieser Weg sei notwendig, weil eine Reihe von Renten nicht sofort neu berechnet werden können. Das sind bekanntlich die Renten, welche am 31. 12. 1991 schon bestanden. Davon sind auch die Rentner betroffen, in deren Versicherungsverlauf Zeiten der Zugehörigkeit zu Sonderversorgungssystem der NVA, des Mdl oder der Zollverwaltung oder zu einem Zusatzversorgungssystem vorkommen, die bisher dem Rentenstrafrecht unterlagen.

Am 19. 01. 2000 war es dann so weit. Die ersten Bescheide über die Neuberechnung der Renten für ehemalige Angehörige des MfS trafen ein. Sie gehen seither regelmäßig über die Rechtsanwälte oder direkt zu. Nachzahlungen werden in der Regel sofort ausbezahlt. Eine Ausnahme bilden Altersrenten

wegen Arbeitslosigkeit, bei denen noch Rückforderungen des Arbeitsamtes bestehen können. Ebenso kann die Nachzahlung bei Witwen oder Witvern vorübergehend einbehalten bleiben, wenn noch die Anrechnung einer neu berechneten eigenen Alters- oder EU-Rente vorzunehmen ist.

Mitglieder, die bisher Wohngeld empfangen haben, weisen wir auf ihre Informationspflicht gegenüber der Wohngeldstelle hin. Hier besteht die Möglichkeit, dass erhaltenes Wohngeld zumindest teilweise zurückgefordert wird. Das sollte geklärt sein bevor die Nachzahlung vollständig ausgegeben wird.

In jedem Fall besteht Anspruch auf Verzinsung der Nachzahlung von dem Monat an, welcher dem Monat folgt, für den die erste Nachzahlung festgestellt wurde. In dieser Hinsicht treten noch Fehler auf. Die BfA hat die entsprechende Anweisung an die Sachbearbeitung zugesagt. Jeder, dessen Nachzahlung nicht oder nicht voll verzinst wurde, sollte dies umgehend selbst schriftlich von der BfA verlangen.

Ebenso wie die BfA sind auch die anderen Rentenversicherungsträger jetzt in der Lage, die Renten neu zu berechnen. Auch hier gelten die obengenannten Ausnahmen. Wer davon nicht betroffen ist, muß die bisher üblichen Schreiben nicht mehr hinnehmen, dass die Rente noch nicht neu berechnet werden könne. Behauptet der Rentenversicherungsträger trotzdem, die Daten des Bundesverwaltungsamtes lägen noch nicht vor, kann man einfach den Änderungsbescheid in Kopie übersenden.

Es wird leider noch einige Zeit dauern, bis jede Rente neu berechnet ist. Wir werden aufmerksam verfolgen, ob die Zahl der täglich zugehenden Bescheide wächst und nicht kleiner wird, bitten aber zugleich, von reinen Tatsacheninformationen über Erhalt oder Nichterhalt eines Rentenbescheides zum gegenwärtigen Zeitpunkt Abstand zu nehmen.

**Zu Fehlern bei der Neuberechnung
siehe Seiten 3/4, AG Recht informiert**

Initiative mit Vorbildcharakter

Die TIG Plauen/Oelsnitz berichtet:

Unser Vorstand der TIG wandte sich im Dezember mit einem Brief an Herrn Staatsminister Rolf Schwanitz, Beauftragter der Bundesregierung für Angelegenheiten der neuen Länder, und bat um einen Gesprächstermin zu Fragen der ausstehenden Gesetzesänderung zum AAÜG. Die Antwort ließ erfreulicherweise nicht lange auf sich warten. Am 21. Januar d.J. kam es zu dem mit Spannung erwarteten Gespräch. Die Bedeutung der Gesprächsrunde wurde durch die Teilnahme von Prof. Dr. Wolfgang Edelmann als stellvertretender Vorsitzender von ISOR unterstrichen, der uns mit seiner Sachkenntnis bestens

unterstützte und aus unserer Sicht wesentlich zu den guten Gesprächsergebnissen beitrug. Staatsminister Schwanitz begrüßte uns freundlich zum seinerseits geplanten halbstündigen Gespräch, das in aufgeschlossener Atmosphäre stattfand und nach ca. 40 Minuten endete. Unser Vorsitzender Wilfried Burkhardt dankte im Namen der Delegation für die Gesprächsmöglichkeit und verwies auf die in unseren Vorstandsschreiben an ihn und Herrn Sozialminister Walter Riester zum Ausdruck gebrachten Befindlichkeiten. Auf den Punkt gebracht gehe es ISOR darum, dass durch die Überwindung des noch andauernden Rentenstrafrechts in Deutschland Rechts-

frieden hergestellt werde und dass im Interesse der Seniorinnen und Senioren möglichst schnell die dazu erforderlichen Änderungen des AAÜG Gesetzeskraft erhalten. Prof. Edelmann unterstützte unser Begehren durch Verweis auf die Urteile der Verfassungsrichter vom 28. 4. 1999 und des Bundessozialgerichts vom 3./4. 8. 1999, die dem Gesetzgeber den nötigen Spielraum gewähren. Ferner verwies er auf das noch ausstehende Urteil des BVerfG zur Einstellung der Dienstbeschädigtenteilrenten für ehemalige Angehörige des MfS/IAfNS.

Staatsminister Schwanitz stellte eingangs fest, dass sich die Koalitionspartner von SPD und Bündnis 90/Die Grünen mitten in der Positio-

Fortsetzung auf Seite 2

nierung befinden und beraten, welche politischen und rechtlichen Folgerungen aus den Urteilen des BVerfG zu ziehen seien. Er könne deshalb auch nichts Verbindliches zum Gesetzgebungsprozess und zum Inkraftsetzungstermin sagen. Der Referentenentwurf des Arbeits- und Sozialministeriums sei zwar in Arbeit, liege ihm aber noch nicht vor. Deshalb lege er Wert darauf zu betonen, dass seine Ausführungen als seine ganz persönliche Meinung betrachtet werden.

Seiner Auffassung nach wird der neue Gesetzentwurf der Bundesregierung nicht identisch sein mit der Gesetzesfassung der SPD-Bundestagsfraktion von 1995. Durch das Urteil des BVerfG, das in bezug auf die MfS-Angehörigen nur eine Kürzung von unter 1,0 für verfassungswidrig erklärte, sei eine rechtliche Neubewertung angesagt. Außerdem müssten auch die Positionen des Koalitionspartners zum Rentenstrafrecht und die der neuen Bundesländer beachtet werden. Diese entsprächen nicht dem damaligen SPD-Gesetzentwurf. Selbst in seiner eigenen Partei gäbe es dazu andere Auffassungen. Und schließlich müsse die Gesetzesänderung auch finanziell im Bundeshaushalt abgesichert werden. Aus einer Gemengelage müsse also Einvernehmlichkeit erwachsen und deshalb denke er, dass man sich auf halbem Weg treffen werde. Er gehe davon aus, dass in diesem Jahr der Gesetzgebungsprozess zum Abschluss komme und ein Inkrafttreten vor dem von den Bundesverfassungsrichtern bestimmten Stichtag 20. 6. 2001 erfolge.

Staatsminister Schwanitz stimmte dem Vorschlag von Prof. Edelmann zu, dass die Betroffenenverbände an der Referentenrunde

zur Diskussion des Gesetzentwurfes teilnehmen und nicht wie bei Dr. Blüm erst Fünf vor Zwölf informiert werden, wenn alles bereits in Sack und Tüten ist. Prof. Edelmann verwies auch auf das kooperative Verhalten von ISOR, schwierige Fragen wie die des erhöhten Einkommens von ehemaligen Angehörigen des MfS/AfNS lösen zu helfen. Darüber liegen dem Gesetzgeber Gutachten von Prof. Dr. Kaufmann und Dr. Napierkowski über die Einkommensverhältnisse im MfS/AfNS und Lösungsvorschläge des Vorstandes vor.

sicherung 1991 nicht im Bilde, wolle sich aber sachkundig machen und bat daher Prof. Edelmann und Freund Musch, ihm die erforderlichen Unterlagen an sein Berliner Büro zu senden.

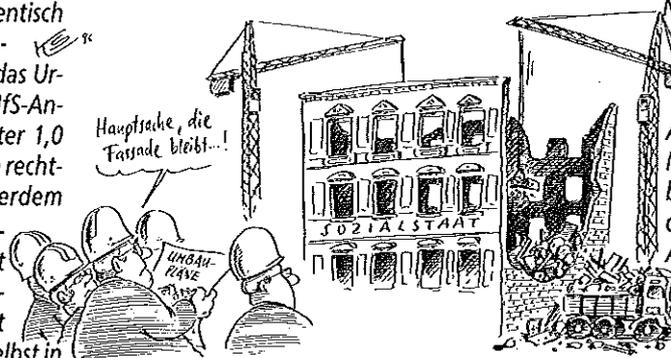
Gleichzeitig folgte er der Auffassung, dass gegenteilige Positionen im Vorfeld beraten werden sollten, um einen Konsens zu finden. Optimistisch stimmte die Teilnehmer auch die Zusage von Staatsminister Schwanitz, mit Sozialminister Riester über die anstehenden Probleme zu sprechen.

Nach der Verabschiedung werteten alle Teilnehmer die Gesprächsrunde als positiv und als Ausdruck gewachsener Akzeptanz von ISOR e. V. Aus unserer Sicht sollten wir weiter Mut zeigen, uns in den Gesetzgebungsprozess und die damit verbundenen politischen und rechtlichen Auseinandersetzungen mit klugen Argumenten und Forderungen einzubringen und dabei den Koalitionspartner der SPD und die neuen Bundesländer nicht zu vergessen.

Gefordert sind diesbezüglich aber nicht nur die Vorstände, sondern alle unsere Mitglieder und darüber hinaus auch alle direkt oder indirekt vom Rentenstrafrecht Betroffenen.

Wilfried Burkhardt / Karl-Heinz Jaensch

Anmerkung der Red.: Besonders jetzt, in der Phase der Vorbereitung der gesetzlichen Umsetzung der Urteile des BVerfG, ist es dringlich, die eigene Betroffenheit darzulegen, um vor den Ressortabstimmungen den daran Beteiligten realistische Kenntnisse zu vermitteln. Das gilt für Briefaktivitäten ebenso, wie für das Drängen auf das unmittelbare Gespräch.



Aus dem Karikaturenbuch der GBM „Für Ostdeutsche und andere Angemeierte“

Unser Mitglied Rudolf Musch schilderte Staatsminister Schwanitz seinen Klageweg in Sachen Krankenversicherung im Jahre 1991 bis zum Landessozialgericht in Chemnitz und der Entscheidung, dass sein Anspruch auf Rückzahlung der zu viel gezahlten Krankenversicherungsbeiträge zu Recht bestehe, aber darüber letztendlich das BVerfG zu befinden habe. Prof. Edelmann ergänzte, dass dazu Verfassungsbeschwerden anhängig seien. Staatsminister Schwanitz zeigte sich in Sachen Dienstbeschädigtenteilrenten und Sozialver-

Die Ereignisse der vergangenen zwölf Monate haben uns deutlich gemacht, daß wir in einer Zeit des vollständigen Wandels leben, in der alles unberechenbar ist, sich alles immer schneller verändert. Wer ahnt heute schon, wie die Welt von morgen aussehen wird. Da sind es immer wieder unser Zusammenhalt, unsere Solidarität und unser gemeinsamer Wille, das Rentenstrafrecht zu beenden, die uns Zuversicht in einer so turbulenten Zeit geben.

In diesem Sinne gingen den Vorstandsmitgliedern sowie den Mitarbeitern der Geschäftsstelle zahlreiche Glückwünsche für ein gesundes, erfolgreiches Jahr 2000 von Mitgliedern der TIG aus allen Teilen des Landes zu. Dafür sagen wir allen Freundinnen und Freunden herzlichen Dank! Danke für die solidarische und erfolgreiche Zusammenarbeit bei der berechtigten Einforderung der Beseitigung weiterhin bestehender Rentenungerechtigkeit. Erfolge unseres

Kampfes liegen hinter uns, tatkräftig gehen wir in die Zukunft!

Ein Jahrhundert geht zu Ende

Bernhard Elsner, Geschäftsführer

Nach der ersten Durchsicht der periodischen Informationen ist es für den Vorstand und die Geschäftsstelle ein Bedürfnis, den Vorständen der TIG und den Betreuern ein großes Dankeschön zu sagen. Die Pünktlichkeit, mit der die übergroße Mehrheit der TIG die periodischen Informationen, die Abrechnungen und Revisionsberichte übermittelten, zeugt von großen Anstrengungen und fleißiger Arbeit. Ich glaube zu wissen, welche Mühe, Kraft und Zeit von den Betreuern aufgebracht wurde, um allein die nochmalige Kassierung durchzuführen. Ohne ihr Bemühen wäre eine positive Bilanz für 1999 nicht möglich gewesen.

Es ist mir eine besondere Freude, berichten zu können, dass wir auch im 2. Halbjahr 1999 gute Ergebnisse bei Neuaufnahmen verzeichnen konnten.

Austritte haben sich geringfügig erhöht, die Meldungen über Verstorbene sind gleich geblieben. Trotzdem hat sich unsere Vereinigung durch 974 neue Mitglieder auf 26.676 Mitglieder erhöht.

Als besonders lobenswert möchte ich dabei die TIG Berlin-Hohenschönhausen mit 104 Neuaufnahmen hervorheben. Auch die TIG der Kreisstadt Stendal ist besonders erwähnenswert. Sie hat durch gezielte Werbearbeit das sehr gute Ergebnis von 25 Neuaufnahmen erreicht. Genuß der Beispiele.

Um unseren Weg mit Erfolg fortzuführen, wünschen wir allen Mitgliedern unseres Vereins Gesundheit, Mut und Energie sowie Zuversicht, daß wir unsere berechtigten Forderungen verwirklichen können.



Aus unseren TIG



Die TIG **Oranienburg** übersandte dem Petitionsausschuss eine von 308 Personen – von denen die Hälfte Sympathisanten noch vom Rentenstrafrecht Betroffener sind – unterzeichnete Petition, mit der sie die endgültige Beseitigung des Rentenstrafrechts auch für ehemalige Mitarbeiter des MfS, sowie die rasche, möglichst noch im Jahr 2000 wirksam werdende verfassungskonforme Umsetzung der Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts fordern.

Ernst Kistner



Im Dezember 1999 konnte der Vorstand der TIG **Gera** eine gute Bilanz bei der Erfüllung der Aufgaben im Jahr 1999 ziehen. Es wurden 37 neue Mitglieder geworben. Unsere Gesamtmitgliederzahl erhöhte sich auf 417 Mitglieder. Leider haben uns auch zwei Mitglieder verlassen, nachdem sie, auch durch das Wirken der Solidargemeinschaft von ISOR, vom Rentenstrafrecht befreit wurden. Insgesamt wurden durch die Mitglieder 9383 DM für die Rechtsverfolgungskosten bereitgestellt. ...

Mit allen Rentnern unserer Gruppen der TIG wurden acht spezifische Beratungen zu den Urteilen des BVG und BSG durchgeführt. Sie bewegende Fragen zu Rentenerhöhung, Rentennachzahlung, rechtsanwaltliche Vertretung und Widersprüchen, zu Entgelt- wie Änderungsbescheiden wurden in Zusammenkünften geklärt.

Durch die Mitglieder der Untergruppe Lusan wurde – besonders durch Initiative des Freundes Herbert Luther – ein geselliges Leben entwickelt. Skatnachmittage, Wandertage und gemeinsame Busfahrten wurden organisiert. Das Zusammengehörigkeitsgefühl hat sich in dieser Gruppe weiter verstärkt. Es wurde 1998 mit der Führung einer Chronik begonnen, diese wird auch im Jahre 2000 weitergeführt.

Willi Nießen



Die TIG **Wanzleben** besteht aus 10 Mitgliedern. Die TIG hat im Verlauf des Jahres acht Versammlungen durchgeführt u. a. über Probleme, die mit dem Kampf gegen das Rentenstrafrecht zusammenhängen, zur Auswertung der außerordentlichen Vertreterversammlung sowie über die politische Lage und die Rolle der rot-grünen Regierung. Mit den Angehörigen wurden 1999 ein Grillnachmittag, der Besuch des Rosariums in Sangerhausen, eine Fahrt durch die Colbitz-Letzlinger Heide und eine Weihnachtsfeier durchgeführt.

Die Erhöhung des monatlichen Beitrages in Durchführung des Beschlusses des Vorstandes wurde bereitwillig anerkannt.

Vorstellungen für das Jahr 2000: Weitere Anstrengungen zur Gewinnung von Mitgliedern; Unterstützung der Bemühungen zur Beseitigung des restlichen Rentenstrafrechts; weitere Gestaltung des Vereinslebens.

Rudolf Krätzig

Aus der Postmappe

Im Zusammenhang mit dem Beitrag von Horst Parton **ISOR aktuell** Nr. 12/99 will ich mich nachfolgend äußern.

Unseren Gegnern ist es nicht gelungen, uns mübe zu machen und es wird ihnen auch künftig nicht gelingen. ... Wir geben nicht auf, wie Horst Parton zum Jahreswechsel sagt. Jeder ist gefordert und es liegt mir sehr am Herzen, dass sich bei den ISOR-Mitgliedern die Bereitschaft zur ehrenamtlichen Arbeit verbessert. ...

Besonderes Augenmerk gilt unseren älteren und oft auch kranken Mitgliedern. Über Jahre währende Verschleppungstaktik macht psychisch krank, und als Seniorenvertreter halte ich es im Interesse von Gesundheit und Lebensmut dieser Menschen für besonders wichtig, Solidarität zu üben. ...

Schluss mit dem Rentenstrafrecht, das der Weiterentwicklung des Zusammenwachsens von Ost und West hinderlich ist. So lange es weiter besteht, gibt es keinen Rechtsfrieden. Den aber brauchen alle Bürger dieses Landes.

Claus Mony, Berlin-Hohenschönhausen



Mit großer Aufmerksamkeit verfolge ich die Aktivitäten, leiste auch meinen eigenen Anteil mit dem Ziel, dass die Urteile des BVerfG vom 28.04.1999 umgesetzt werden.

Mir scheint, dennoch wird nicht das Mögliche getan. Die derzeitige Situation ... motiviert mich, weitere Aktivitäten auszulösen und hiermit alle zu bitten, an die Politiker und Fraktionen der Regierungskoalition zu schreiben und sich noch enger zusammenzuschließen. Erlebte Solidarität ist auch ein Dank an unsere Familien.

Heinz Hattann, Schwarzenberg



Aus **Schweden** schrieb unser Mitglieder-Ehepaar Doris und Werner Pollinger:

„... Wir lassen die Hoffnung nicht sinken, dass uns dank der Solidarität der ISOR-Gemeinschaft und vieler anderer Menschen in abseh-

barer Zeit Rentengerechtigkeit widerfahren wird. Dafür unseren aufrichtigen Dank.“

Sie informierten zugleich über ihre Aktivitäten von Schweden aus gegenüber dem Bundesministerium für Arbeit, dem SPD-Fraktionsvorstand, dem Ausschuss für Arbeit und dem Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages. Sie fordern darin die Beseitigung des Rentenstrafrechts im Sinne des Gesetzentwurfs der SPD von 1995.



Aus der Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Ulrike Mascher auf die Kleine Anfrage der PDS-Fraktion (siehe **ISOR aktuell** 12/99)

„... Die Bundesregierung wird die Urteile des Bundesverfassungsgerichts zum Anlass nehmen, den Komplex der Überleitung von Zusatz- und Sonderversorgungssystemen unter Zugrundelegung der Wertung des Gerichts zu prüfen und dem Gesetzgeber zügig einen Gesetzentwurf zuleiten, damit die erforderliche Neuregelung innerhalb der vom Bundesverfassungsgericht gesetzten Frist in Kraft treten kann. Angesichts der Tragweite der Urteile ist hierbei eine intensive Analyse der Begründungen erforderlich sowie eine sorgfältige Auswertung in Bezug auf den verbleibenden politischen Handlungsspielraum erforderlich. Darüber hinaus ist nunmehr auch die Rechtsprechung des Bundessozialgerichts vom 3.14. August 1999 zu o.g. Sachverhalten zu berücksichtigen. Die schriftlichen Urteilsgründe des Gerichts liegen derzeit noch nicht für alle vom BSG getroffenen Entscheidungen vor. Erst nach Vorliegen dieser Urteilsgründe und ausführlicher Auswertung kann ein Referentenentwurf zur Änderung des Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetzes (AAÜG) erstellt werden. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind daher detaillierte Aussagen zum zeitlichen Verfahrensablauf sowie zur künftigen Ausgestaltung der Neuregelung sowie zum Finanzbedarf noch nicht möglich.“

Die AG Recht informiert

Fehlerhafte Neuberechnung

Die BfA hat am 28.01.2000 den Vorstand informiert, daß soeben Fehler bei der Neuberechnung der Rente festgestellt worden seien. Betroffen sind Rentner, deren Renten erst ab 01.05.1999 neu berechnet werden, weil die Entgeltbescheide bestandskräftig geworden sind. Durch einen Programmfehler wurden erneut 0,7 Entgeltpunkte anstatt 1,0 Entgeltpunkte berechnet. Die BfA bittet die Betroffenen, sich umgehend schriftlich zu melden, damit die Berechnung möglichst schnell wiederholt werden kann. Außerdem ist sie bemüht, die fehlerhaften Bescheide selbst zu

Fortsetzung auf Seite 4

Fortsetzung von Seite 3

ermitteln und abzuändern. Der Programmfehler wird umgehend beseitigt. Danach wird die Neuberechnung dieser Renten fortgesetzt.

Rentner, deren Entgeltbescheid wegen Widerspruchs oder Klage nicht bestandskräftig wurden, sind von dem Programmfehler nicht betroffen. Die Berechnung dieser Renten geht sofort weiter.



Wie in den zurückliegenden Jahren erhalten die TIG-Vorstände die „Zusammenfassenden Hinweise zu Rechtsfragen in **ISOR aktuell**“ für das Jahr 1999 mit der Übersendung der Februar Ausgabe des Mitteilungsblattes.



Wir bitten aus verständlichen Gründen, von **telefonischen Anfragen abzusehen**. Nutzen Sie bitte die Sprechstunden der AG Recht in Ihrer TIG bzw. in der Geschäftsstelle. Ist dies nicht möglich, schreiben Sie an uns. Legen Sie die Ablichtung Ihres Mitgliedsausweises und der erforderlichen Unterlagen bei und geben Sie Ihre Telefon/ Fax-Nummer an.

Bei anderen gelesen

Unter dem Titel: „Fragen und Antworten rund um das Thema Rente“ beantwortete Prof. Dr. Ernst Bienert in der Ratgeberbeilage des Neuen Deutschland vom 19. Januar an ihn gestellte Fragen zum Stand der Umsetzung der Urteile des Bundesverfassungsgerichts sowie zum Urteil des Bundessozialgerichts (BSG) vom 3. August 1999 (AZ B4 RA24/98 R), in dem sich der 4. Senat des BSG u.a. auch mit der vom Bundesverfassungsgericht geforderten Dynamisierung des bestandsgeschützten Zahlbetrages vom 1. Juli 1990 beschäftigt hat.

Von Mitglied zu Mitglied

Rentnerehepaar (auch Frührentner), möglichst Jäger, zum kostenlosen Einwohnen in einem Jagdhaus in zauberhafter Natur in Mecklenburg-Vorpommern von Ossi mit Linksherz gesucht.
Detailauskünfte unter 03338/760278.

Der Vorstand teilt mit

Auf der Sitzung am 26. Januar nahm der Vorstand eine Einschätzung der aktuellen Lage im Ringen um Rentengerechtigkeit vor und nahm einen Bericht über ein Zusammentreffen von Vertretern der TIG Plauen mit Staats-

minister Rolf Schwanitz, an dem Prof. Edelmann teilnahm, entgegen.

Der Vorstand beschloss, sich unter Bezugnahme auf die Arbeiten am Referentenentwurf eines Rentenüberleitungs-Bereinigungsgesetzes mit weiteren Schreiben an die Ministerpräsidenten der neuen Länder zu wenden, erneut die Gesprächsbereitschaft zu betonen und auf die Gutachten von Prof. Dr. Manfred Kaufmann und Dr. Erich Napierkowski hinzuweisen.

In einem weiteren Tagesordnungspunkt wurde der Gedankenaustausch zu Grundproblemen der Fortführung der Arbeit der ISOR e.V. nach der zu erwartenden Gesetzgebung fortgeführt.

Weiterhin nahm der Vorstand eine Information zum Finanzhaushalt entgegen und beschloß, die Kassierer der TIG Gera, Magdeburg und Berlin-Treptow mit einem Präsent auszuzeichnen.

Die vom Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Recht, Prof. Dr. Rolf Gruner, vorgetragene Vorstellung zur weiteren Profilierung der Arbeit der AG wurden vom Vorstand bestätigt.

Dr. Gerhard Dylla informierte über Aktivitäten des Ostdeutschen Kuratoriums. So wird gegenwärtig eine Stellungnahme zum „4. Staatenbericht“ an die UNO vorbereitet, zu der eine Zuarbeit von ISOR erwartet wird. Im Juli wird ein Europäisches Tribunal zum Jugoslawienkrieg stattfinden.



Am 14. April 2000 findet in Berlin, im Haus am Köllnischen Park, ein

Kongreß für Rentengerechtigkeit und Alterssicherung

statt. Nähere Informationen in den nächsten Ausgaben von **ISOR aktuell**.



Der Vorstand der ISOR e. V. gratuliert unserem Freund Gerhard Auerswald, TIG Berlin-Friedrichshain, zu seinem 90. Geburtstag verbunden mit den besten Wünschen.

Ergänzung zu „Lesenswert“

Das in **ISOR aktuell** 1/2000 empfohlene Buch „Bautzens ‚Gelbes Elend‘, Lager, Leiden, Legenden, Lehren“ ist vom Verlag edition ost noch nicht ausgeliefert worden und damit leider noch nicht verfügbar.

Gerd Hommel, Dresden

Die Tel.-Nr. von Gerd Hommel hat sich zwischenzeitlich wie folgt geändert:
0351-2882128.

**Wir trauern um unsere verstorbenen Mitglieder**

HANS-DIETER ACHILLES, Stendal
ROLAND BAHLE, Berlin-Marzahn
KURT BODENTHAL, Berlin-Karlshorst
URSULA DEUTSCH, Strausberg
RUDOLF DÖRFLER, Lobenstein
ERICH GEBHARDT, Berlin-Friedrichshain
HERBERT HAUSMANN, Dresden
HEINZ HENSEL, Halle
EDITH HERRMANN, Leipzig
HEINZ HERRMANN, Suhl
WERNER HÖHNKE, Berlin-Köpenick
WALTER JANKE, Geithain
WILHELM JARCHOW, Ludwigslust
WERNER JOHN, Dresden
WALTER KARBE, Querfurt
FRITZ KRAUSE, Zeitz
SIEGFRIED KRÜGER, Potsdam Zentrum Ost
HERBERT LEISTNER, Eisenhüttenstadt
OTTO LORKE, Cottbus
ERNST MARQUARDT, Stralsund
HELMUT MEHLHORN, Dresden
FRANZ MEINHARDT, Potsdam Zentrum Ost
HERBERT MERZDORF, Dresden
RAINER MÜLLER, Chemnitz
RUDI RAEHSE, Potsdam Zentrum Ost
MARTINA RAHNER, Leipzig
HANS REINTSCH, Meerane
HERBERT RICHTER, Berlin-Friedrichshain
WALTER ROSE, Schwedt
DELF SCHLEUCHARDT, Bln-Hohenschönh.
HERBERT SCHMIDT, Leipzig
SABINE SCHULZ, Stralsund
SIEGFRIED STURM, Rüditz
ALFRED THOM, Dresden
ALBERT VORMELKER, Ludwigslust
WALTER WAHL, Neubrandenburg
HEINZ WEITMÜLLER, Schwarzenberg
HANS-JOACHIM WODÄLKE, Bln-Hohensch'h.
Ehre ihrem Andenken.

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.
Bankverbindung: Berliner Sparkasse
Konto-Nr.: 171 302 0056, BLZ: 100 500 00
Geschäftsstelle der ISOR e.V.:
Franz-Mehring-Platz 1 - 10243 Berlin
Telefon: (030) 29 78 43 15 - Sekretariat
29 78 43 16 - Geschäftsführer
29 78 43 17 - AG Finanzen
29 78 43 19 - Öffentlichkeitsarbeit
„ISOR aktuell“

Fax: (030) 29 78 43 16
Post: ISOR e.V. - Postfach 700423 - 10324 Berlin
e-mail: ISOR-Berlin@t-online.de
Sprechstunden: Dienstag 9 bis 13 Uhr
Donnerstag 16 bis 19 Uhr

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen von Zuschriften vor.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Redaktionsschluss: 1. 2. 2000

V.i.S.d.P.: Für diese Ausgabe: Dr. Peter Fricker
c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.
Druck: Druckerei Paulick, 10405 Berlin